



# Tobias Tätigkeitsbericht

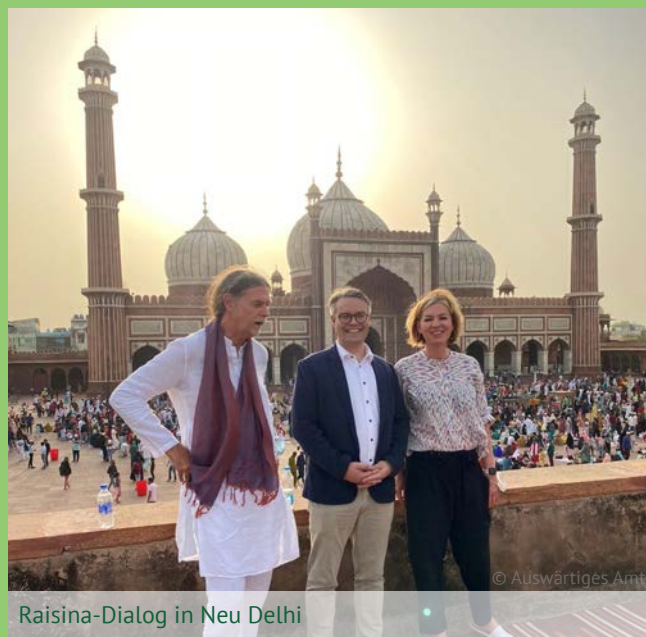
Liebe Freundinnen und Freunde,

ein Jahr im Auswärtigen Amt. Ein Jahr reisen, reisen, reisen. Ein Jahr mit Krisen als neuem Normalzustand. Vor etwas über einem Jahr haben wir Grüne auch im Bund Regierungsverantwortung übernommen - und es begann turbulent. Neben einer angespannten Pandemielage mussten wir uns sofort mit weiteren verheerenden Krisen befassen. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist für Deutschland und Europa eine Zeitenwende. Allerdings hat Putin nicht mit der Geschlossenheit der Ukraine und des Westens sowie großen Teilen der Welt gerechnet. Diese Geschlossenheit aufrecht zu erhalten und zu erweitern, hat im vergangenen Jahr einen großen Teil meiner Arbeit ausgemacht und sich wie ein roter Faden durch meinen Alltag gezogen.

In diesem Zusammenhang durfte ich bereits im Februar, einen Tag vor Beginn der russischen Invasion, vor der VN-Generalversammlung in New York zur Ukraine sprechen. Dort habe ich in meiner Rede deutlich gemacht, dass ein völkerrechtswidriger Angriff Russlands auf die Ukraine einen empfindlichen Schlag gegen die regelbasierte internationale Ordnung darstellt und damit Kernprinzipien der UN-Charta verletzt. Um dem effektiv entgegenzuwirken, müssen wir auch unsere Bündnisse stärken. Im Juli habe ich daher die deutschen Ratifikationsurkunden über den NATO-Beitritt von Schweden und Finnland in Washington D.C. persönlich hinterlegt.

Ich bin davon überzeugt, dass – sobald der Ratifikationsprozess abgeschlossen ist – die demokratische Mitte der nordatlantischen Allianz durch die Mitgliedschaft von Finnland und Schweden gestärkt wird.

Meine erste Reise als Staatsminister nach Asien brachte mich zum Raisina-Dialog nach Neu Delhi. Diese Konferenz ist die wichtigste sicherheitspolitische Tagung Südasiens. Während der Konferenz haben wir eine Vielzahl außenpolitischer Themen – sowohl im regionalen Kontext als auch in unseren



Raisina-Dialog in Neu Delhi

© Auswärtiges Amt

# 2022

Beziehungen zu Indien - besprochen. Auch hier habe ich deutlich gemacht: Die Antwort auf den eklatanten russischen Völkerrechtsbruch muss es sein, die internationale Zusammenarbeit weiter zu fördern und die Vereinten Nationen zu stärken.

Während meines Besuchs in Südkorea, Malaysia und dem Shangri-La-Dialog in Singapur stand die Korrelation zwischen Klima und Sicherheit im Fokus. Weitere Themen waren der Ausbau unserer Partnerschaften, die Diversifizierung unserer Lieferketten, und die geopolitische Lage Europas.

## Unterstützung für die Menschen in Syrien

Der russische Angriff auf die Ukraine darf nicht dazu führen, dass wir andere Krisen auf unserem Planeten vergessen: Seit elf Jahren leiden die Menschen in Syrien nun bereits unter dem Krieg. Um die 500.000 Personen sind gestorben, über 15 Millionen Syrerinnen und Syrer sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Deswegen habe ich am 10. Mai an der IV. Brüsseler Konferenz zur Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region teilgenommen. Dort wurde sichergestellt, dass diese Menschen in der Region weiterhin unsere Unterstützung und unsere Aufmerksamkeit haben. Es freut mich, dass ich für die Bundesregierung in Brüssel erneut einen substanziellen Beitrag zu humanitärer Hilfe zusetzen konnte.

## Feministische Außenpolitik - Rechte, Ressourcen und Repräsentation

Im Koalitionsvertrag hat sich die Bundesregierung auch erstmals zu einer feministischen Außenpolitik bekannt. Im Frühjahr wird das Auswärtige Amt entsprechende Leitlinien für unsere Arbeit veröffentlichen.



VN - Generalversammlung, Rede zur Ukraine

Durch unsere Grüne Handschrift wird die Gleichstellung der Geschlechter nun noch stärker in unsere Arbeit einbezogen. Wir haben uns der Formel „3 R+D“ verpflichtet: die Rechte von Frauen und marginalisierten Gruppen stärken, sie mit den notwendigen Ressourcen ausstatten und ihre Repräsentation sicherstellen. Zudem fördern wir die Diversität.

## Rechte und Selbstbestimmung von Frauen - Abschaffung §219a

Auch innenpolitisch haben wir sichtbare Fortschritte erzielen können. Eine der großen Errungenschaften des Jahres ist die Abschaffung des Paragraphen 219a StGB. Die Streichung war notwendig und überfällig, denn Ärztinnen und Ärzte sind von Berufs wegen zur Aufklärung und Weitergabe von Informationen zu zulässigen medizinischen Behandlungen, zu denen auch Schwangerschaftsabbrüche gehören, verpflichtet. Mit der Streichung des Paragraphen 219a StGB ist Rechtssicherheit geschaffen und Schluss mit der Kriminalisierung von Ärztinnen und Ärzten. Die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Ärztinnen und Ärzten und den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen stellt eine wichtige Grundlage für eine gute und selbstbestimmte Gesundheitsversorgung von Frauen dar. Das ist eine unserer Zeit angemessene Gesellschaftspolitik, die wir als Ampel umsetzen.

## Innovation bei erneuerbaren Energien

Zum Ende eines bewegten Jahres reiste ich im November in die Golfregion. Neben meiner Teilnahme am wichtigsten regional- und sicherheitspolitischen Forum der Golfregion, dem IISS Manama Dialogue in Bahrain, besuchte ich auch den Oman und Kuwait. Themen der Reise waren der Ausbau unserer bilateralen Beziehungen und vor allem mögliche Kooperationen im Bereich der Erneuerbaren Energien. In diesem Zusammenhang hat mich der Besuch des Campus der German University (GU) Tech Oman besonders fasziniert. Dort habe ich das größte 3D-gedruckte Gebäude der Welt und das nachhaltig gebaute Ökohaus besichtigt. In Kuwait wurden kurz vor meinem Besuch erstmals seit 2017 wieder sieben Todesurteile vollstreckt. In einem Gespräch mit dem dortigen Außenminister habe ich mich daher klar und deutlich für die Abschaffung der Todesstrafe ausgesprochen.



## Das erste Jahr der Ampel im Bund

Das erste Jahr nach der Wahl und Regierungsbildung im Bund brachte einige Änderungen mit sich. Neben dem Umzug meines Wahlkreisbüros fanden etliche Antrittsbesuche bei Kreis- und Stadtvorständen statt. Dabei stand der Austausch über die aktuelle Situation vor Ort und geplante Vorhaben und Projekte im Vordergrund. Zahlreiche Einblicke in derzeitige Probleme für kommunale Handlungsfelder konnte ich unter neuer Perspektive erlangen. Ebenso war starkes Interesse an den Vorhaben der Bundesregierung vorhanden. Besonders die geplante Nationale Sicherheitsstrategie und deren Auswirkungen für die Kommunen standen dabei im Fokus.



Grünen Südwestpfalz - Perspektiven und Herausforderungen einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung

## Außenpolitik vor Ort

Doch nicht nur international dominierte der militärische Überfall Russlands auf die Ukraine meine Arbeit. Auch bei Gesprächen, Veranstaltungen und Besuchen in Rheinland-Pfalz war dieses Thema in all seinen unterschiedlichen Facetten omnipräsent. Bei zahlreichen Veranstaltungen konnte ich gemeinsam mit Euch vor Ort über die Bedeutung der Zeitwende für die regelbasierte internationale Ordnung und die Auswirkungen des Angriffskriegs gegen die Ukraine auf unser alltägliches Leben sprechen.

Ein bedeutendes Thema, das in den Gesprächen immer wieder aufkam, war auch die Energiesicherheit und die gestiegenen Kosten. Mit zahlreichen Maßnahmen haben wir im Bund dafür gesorgt, dass die Energieversorgung sichergestellt ist, die Preise begrenzt bleiben und gleichzeitig massiv der Ausbau der Erneuerbaren Energien vorangetrieben wird. Bei Besuchen von Stadtwerken und Forschungsanlagen konnte ich mir ein Bild über die

Umsetzung machen und im Austausch weitere wichtige Impulse mitnehmen.

Besonders beeindruckt hat mich die tatkräftige Hilfsbereitschaft unzähliger ehren- und hauptamtlicher Helfer\*innen gegenüber den Menschen, die aus der Ukraine zu uns flüchten mussten. Viele haben ihre Kraft und ihre Freizeit investiert, um die angekommenen Personen so gut es geht zu unterstützen. Sowohl bei Aufnahmeeinrichtungen als auch bei Hilfsorganisationen konnte ich mir einen Eindruck über die Umsetzung vor Ort verschaffen.

## Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Rheinland-Pfalz liegt im Herzen Europas. Speziell für die zahlreichen Grenzregionen in unserem Bundesland ergeben sich daraus vielfältige Herausforderungen. Bei Gesprächen mit dem Oberrheinrat und dem Eurodistrikt PAMINA haben wir uns über Verbesserungsmöglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei Mobilität, Katastrophenhilfe, Rettungswesen und Feuerwehren sowie über aktuelle Initiativen und Möglichkeiten der Unterstützung ausgetauscht.



Oberbürgermeisterwahlkampf Landau

**Tobias Lindner**



**Kontakt**

tobias.lindner@bundestag.de  
tobias.lindner.wk@bundestag.de  
Berlin: 030 22779027  
Landau: 06341 9959 233

**2022**

